

Academia Iuris

Verwaltungsprozessrecht

Bearbeitet von
Prof. Dr. Thomas Mann, Prof. Dr. Volker Warendorf

4., neu bearbeitete Auflage 2015. Buch. XXIV, 214 S. Kartoniert

ISBN 978 3 8006 4172 7

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Gewicht: 431 g

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Verwaltungsverfahren,
Verwaltungsprozess](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Mann · Warendorf | Verwaltungsprozessrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verwaltungsprozessrecht

Von

Dr. Thomas Mann

o. Professor an der Georg-August-Universität Göttingen

und

Dr. Volker Warendorf

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht a. D.,
Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum

4., neu bearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2015

Zitiervorschlag: *Mann/Wahrendorf* VerwProzR Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4172 7

© 2015 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur vierten Auflage

Das Schicksal hat es nicht gut gemeint mit der Fortführung dieses bislang doch gut aufgenommenen Lehrbuchs zum Verwaltungsprozessrecht. *Peter J. Tettinger*, der das Buch gemeinsam mit *Volker Wabrendorf* begründet hat, ist kurz nach dem Erscheinen der dritten Auflage völlig unerwartet und viel zu früh gestorben. Obwohl der Verlust in persönlicher und fachlicher Hinsicht nicht kompensierbar ist, haben sich Verlag und Co-Autor entschlossen, das Werk in veränderter Zusammensetzung fortzuführen. *Thomas Mann*, ein Schüler des Verstorbenen, übernimmt ab der vierten Auflage den für Studierende relevanten Teil des Lehrbuchs, während *Volker Wabrendorf* weiterhin für die an Referendare gerichteten ergänzenden Ausführungen zur Praxis der Verwaltungsrechtsprechung verantwortlich zeichnet.

Die Vorschriften zur Juristenausbildung konzentrieren den relevanten Stoffumfang in dem nunmehr »erste Prüfung« genannten Referendarexamen auf ausgewählte Bereiche des Verwaltungsprozessrechts. Beispielsweise verlangt Nordrhein-Westfalen »im Überblick: Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs, Klagearten, Vorverfahren, vorläufiger Rechtsschutz, gerichtlicher Prüfungsumfang, gerichtliche Entscheidungen« (vgl. § 11 II Nr. 14 JAG NRW vom 11.3.2003, GV.NRW S. 135) oder Niedersachsen »die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges, die Klagearten und ihre Sachurteilsvoraussetzungen« (§ 16 III Nr. 2 NJAVO vom 2.11.1993, GVBl. S. 561). Das rechtfertigt es, die Grundkonzeption dieses als Studienliteratur gedachten Kurzlehrbuchs (s. Vorwort zur ersten Auflage) beizubehalten.

An dem Entstehen dieser Auflage haben viele aktuelle und frühere Mitglieder der Göttinger »MANNschaft« in der einen oder anderen Weise hilfreich mitgewirkt. Ihnen allen sei von den Verfassern hierfür ausdrücklich gedankt, wobei das Engagement von *Maria Heide* besonders hervorzuheben ist, die sich in mehreren Überstunden verantwortlich um das Sachregister verdient gemacht hat.

Für kritische Hinweise sind die Verfasser den Lesern weiterhin dankbar.

Göttingen/Bochum, im Juli 2015

Die Verfasser

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Die in den Juristenausbildungsgesetzen der einzelnen Länder in den letzten Jahren unternommenen Versuche zur Stoffbegrenzung galten gerade auch dem Verwaltungsprozessrecht ... Solche Vorgaben bieten gerade auch für die Studienliteratur Anlass für eine Konzentration auf Grundfragen des verwaltungsprozessualen Rechtsschutzes, wie dies im nunmehr vorgelegten Band versucht wird, der sich zum einen bewusst auf den im Ersten Staatsexamen zwingend vorausgesetzten Stoff beschränkt, zum anderen aber noch ergänzende Ausführungen enthält. Die jeweiligen Abschnitte, die optisch durch Seitenränder gekennzeichnet sind, enthalten vertiefende und auf die Praxis des Verwaltungsprozesses bezogene Hinweise. Sie richten sich in erster Linie an den Referendar.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur vierten Auflage	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
1. Teil Rechtsgrundlagen, Organisation und Verfahrensgrundsätze der Verwaltungsgerichtsbarkeit	1
§ 1 Die Rechtsgrundlagen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	1
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
II. Historische Entwicklungslinien	3
III. Die heute maßgeblichen Rechtsquellen des Verwaltungsprozessrechts	4
IV. Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess	5
V. Verwaltungsrechtsschutz und Unionsrecht	6
Kontrollfragen	12
§ 2 Der Standort der Verwaltungsgerichte im Gefüge der rechtsprechenden Gewalt	12
I. Die Gerichte des Bundes und der Länder	12
II. Sonder- und Ausnahmegerichte	13
III. Rechtsweg und Zuständigkeit der Gerichte	13
IV. Rechtsweg- und Zuständigkeitsverweisung	14
V. Der Verweisungsbeschluss	16
VI. Aufrechnung mit rechtswegfremden Forderungen	18
Kontrollfragen	18
§ 3 Die Organisation der Verwaltungsgerichte	19
I. Der Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	19
II. Die Besetzung der Spruchkörper	21
III. Praktische Fragen der Gerichtsorganisation	22
Kontrollfragen	24
§ 4 Die Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	25
I. Der Verfügungsgrundsatz	25
II. Der Untersuchungsgrundsatz	26
III. Amtsbetrieb, Konzentrationsgrundsatz	27
IV. Der Grundsatz der mündlichen Verhandlung	27
V. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	28
VI. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	28
VII. Rechtliches Gehör und faires Verfahren	29
VIII. Rechtsfolgen von Verfahrensfehlern	30
IX. Die Verfahrensgrundsätze in der verwaltungsgerichtlichen Praxis	31
Kontrollfragen	40
2. Teil Zur Systematik der verfügbaren Rechtsschutzmöglichkeiten	41
§ 5 Das System der verwaltungsprozessualen Rechtsbehelfe	41
I. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	41
II. Die wichtigsten Rechtsbehelfe der VwGO im Überblick	42
III. Zur Systematisierung der verwaltungsprozessualen Rechtsbehelfe	42
IV. Die Verwaltungsgerichtsordnung als offenes System prozessualer Rechtsbehelfe	44
Kontrollfragen	45
§ 6 Die Voraussetzungen für eine Sachentscheidung der Verwaltungsgerichte	46
I. Zur Differenzierung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit eines Rechtsschutzgesuches	46
II. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	46
III. Relevanz der Sachentscheidungsvoraussetzungen in der Referendarausbildung	48
Kontrollfragen	49

3. Teil Die allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	51
§ 7 Das Vorliegen eines ordnungsgemäßen Antrags	51
I. Gesetzliche Anforderungen	51
II. Praktisches Beispiel einer verwaltungsgerichtlichen Klageschrift	53
Kontrollfragen	55
§ 8 Die Unterwerfung unter die deutsche staatliche Gerichtsbarkeit	55
I. Extraterritoriale, fremde Staaten, Hoheitsakte der EU	55
II. Verwaltungsgerichtliche Justitiabilität kirchlicher Maßnahmen	57
Kontrollfragen	60
§ 9 Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges (§ 40 I VwGO)	60
I. Auf- und abdrängende Sonderzuweisungen	60
II. Der Begriff der öffentlich-rechtlichen Streitigkeit	62
III. Fallgruppen zur Abgrenzung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Streitigkeiten	64
IV. Ausklammerung verfassungsrechtlicher Streitigkeiten	73
V. Hinweise zu abdrängenden Sonderzuweisungen	74
Kontrollfragen	75
§ 10 Beteiligte, Beteiligtenfähigkeit, Beiladung	76
I. Die Beteiligtenfähigkeit natürlicher und juristischer Personen	76
II. Die Beteiligtenfähigkeit von Behörden	77
III. Die Beteiligtenfähigkeit von Vereinigungen	78
IV. Die Behandlung der Beteiligtenfähigkeit im Prozess	79
V. Die Beteiligtenfähigkeit im Organstreit	80
VI. Die beigeladenen Beteiligten	81
VII. Praktische Probleme der Beiladung	82
VIII. Der Vertreter des öffentlichen Interesses	84
Kontrollfragen	85
§ 11 Die Prozessfähigkeit (§ 62 VwGO)	85
I. Die Grundlagen der Prozess- und Postulationsfähigkeit	85
II. Die Prozessfähigkeit im Prozess	87
Kontrollfragen	88
§ 12 Das Fehlen anderweitiger Rechtshängigkeit und entgegenstehender Rechtskraft	88
I. Fehlende anderweitige Rechtshängigkeit	88
II. Fehlen entgegenstehender Rechtskraft	88
III. Der Streitgegenstand einzelner Klagearten	89
Kontrollfragen	91
§ 13 Bestehen eines allgemeinen Rechtsschutzbedürfnisses	91
Kontrollfragen	94
4. Teil Die Klagearten der VwGO und ihre besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen	95
§ 14 Überblick über die Klagearten der VwGO	95
I. Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsklagen	95
II. Objektive Klagehäufung	96
III. Streitgenossenschaft	96
Kontrollfragen	97
§ 15 Die Anfechtungsklage	97
I. Rechtsschutzziel und Klagegegenstand	97
II. Der Verwaltungsakt als Voraussetzung einer statthaften Anfechtungsklage	98
III. Begründetheit der Anfechtungsklage	107
IV. Formalien eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	109
Kontrollfragen	119
§ 16 Die Verpflichtungsklage	119
I. Rechtsschutzziel	119
II. Das konkrete Klagebegehren	119
III. Zur Abgrenzung von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	121
IV. Begründetheit der Verpflichtungsklage, Urteil und Vollstreckung	123
V. Die Tenorierung bei Verpflichtungsklagen	125
Kontrollfragen	126

§ 17 Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	126
I. Erfolgreiche Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	127
II. Wahrung der Klagefrist	131
III. Die Klagebefugnis	132
IV. Inkurs: Die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	136
V. Aufbauvorschläge für Klausuren	138
Kontrollfragen	140
§ 18 Die allgemeine Leistungsklage	141
I. Rechtsschutzziel	141
II. Die Unterlassungsklage als Unterfall der allgemeinen Leistungsklage	142
III. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage	142
IV. Das Leistungsurteil	144
Kontrollfragen	146
§ 19 Die Feststellungsklage	146
I. Rechtsschutzziel	146
II. Der Begriff des Rechtsverhältnisses	146
III. Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes	149
IV. Vorbeugende Feststellungsklage	149
V. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Feststellungsklage	150
VI. Begründetheit	152
VII. Die Tenorierung bei Feststellungsklagen	153
VIII. Aufbauvorschlag für Klausuren	154
Kontrollfragen	154
§ 20 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	154
I. Zur rechtlichen Einordnung	154
II. Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	155
III. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Fortsetzungsfeststellungsklage	159
IV. Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	163
V. Aufbauvorschlag für Klausuren	163
Kontrollfragen	164
§ 21 Das Normenkontrollverfahren	164
I. Rechtsnatur, Funktion und Rechtsschutzziel der Normenkontrolle	164
II. Statthaftigkeit des Normenkontrollantrags	165
III. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen des Normenkontrollantrages	167
IV. Besonderheiten bei den allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	169
V. Begründetheit des Normenkontrollantrags	170
VI. Entscheidung des OVG über den Normenkontrollantrag	171
VII. Aufbauvorschlag für Klausuren	171
Kontrollfragen	172
§ 22 Der Organstreit	172
I. Begriff und Gegenstand des Organstreits	173
II. Der Organstreit als Verwaltungsrechtsstreit	173
III. Besonderheiten	174
Kontrollfragen	176
5. Teil Vorläufiger Rechtsschutz	177
§ 23 Einführung in das System des vorläufigen Rechtsschutzes	177
I. Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	177
II. Arten des vorläufigen Rechtsschutzes	178
Kontrollfragen	179
§ 24 Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 V VwGO	179
I. Hintergrund: Der eingeschränkte Suspensiveffekt von Widerspruch und Anfechtungsklage	180
II. Rechtsschutzziel der Anträge nach § 80 V VwGO und § 80a III VwGO	185
III. Zulässigkeit des Antrags nach § 80 V 1 VwGO	187
IV. Begründetheit des Antrags	189

V. Weiteres Verfahren	192
VI. Gerichtlicher Rechtsschutz bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	193
VII. Gerichtliche Praxis eines Verfahrens nach § 80 VwGO	195
VIII. Aufbauvorschlag für Klausuren	199
Kontrollfragen	200
§ 25 Die einstweilige Anordnung (§ 123 VwGO)	200
I. Rechtsschutzziel	201
II. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	202
III. Begründetheit des Antrags	203
IV. Inhalt der einstweiligen Anordnung	205
V. Schadensersatzpflicht des Antragstellers	206
VI. Gerichtliche Praxis eines Verfahrens nach § 123 I VwGO	207
VII. Aufbauvorschlag für Klausuren	208
Kontrollfragen	209
§ 26 Vorläufiger Rechtsschutz in besonderen Verfahrensarten	209
I. Vorläufiger Rechtsschutz im Normenkontrollverfahren	209
II. Vorläufiger Rechtsschutz im Organstreit	210
Sachregister	211

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur vierten Auflage V

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage VII

Inhaltsübersicht IX

Abkürzungsverzeichnis XIX

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur XXIII

1. Teil Rechtsgrundlagen, Organisation und Verfahrensgrundsätze der Verwaltungsgerichtsbarkeit 1

§ 1 Die Rechtsgrundlagen der Verwaltungsgerichtsbarkeit 1

 I. Verfassungsrechtliche Grundlagen des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes 1

 II. Historische Entwicklungslinien 3

 III. Die heute maßgeblichen Rechtsquellen des Verwaltungsprozessrechts 4

 IV. Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess 5

 V. Verwaltungsrechtsschutz und Unionsrecht 6

 1. Verwaltungsprozessual relevante Grundlagen des Unionsrechts 7

 2. Einzelne Einwirkungen des Unionsrechts 9

 Kontrollfragen 12

§ 2 Der Standort der Verwaltungsgerichte im Gefüge der rechtsprechenden Gewalt 12

 I. Die Gerichte des Bundes und der Länder 12

 II. Sonder- und Ausnahmegerichte 13

 III. Rechtsweg und Zuständigkeit der Gerichte 13

 IV. Rechtsweg- und Zuständigkeitsverweisung 14

 1. Rechtswegverweisung 14

 2. Zuständigkeitsverweisung 15

 V. Der Verweisungsbeschluss 16

 VI. Aufrechnung mit rechtswegfremden Forderungen 18

 Kontrollfragen 18

§ 3 Die Organisation der Verwaltungsgerichte 19

 I. Der Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit 19

 1. Die Gerichte 19

 2. Gang des Verfahrens 20

 II. Die Besetzung der Spruchkörper 21

 III. Praktische Fragen der Gerichtsorganisation 22

 1. Hauptamtliche Richter 22

 2. Ehrenamtliche Richter 22

 3. Die sonstigen Gerichtspersonen 23

 4. Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen 24

 5. Die Geschäftsverteilung 24

 Kontrollfragen 24

§ 4 Die Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens 25

 I. Der Verfügungsgrundsatz 25

 II. Der Untersuchungsgrundsatz 26

 III. Amtsbetrieb, Konzentrationsgrundsatz 27

 IV. Der Grundsatz der mündlichen Verhandlung 27

 V. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit 28

 VI. Der Grundsatz der Öffentlichkeit 28

 VII. Rechtliches Gehör und faires Verfahren 29

 VIII. Rechtsfolgen von Verfahrensfehlern 30

 IX. Die Verfahrensgrundsätze in der verwaltungsgerichtlichen Praxis 31

 1. Der Verfügungsgrundsatz 31

 a) Klagerücknahme 31

b) Der Vergleich	33
c) Anerkenntnis und Verzichtsurteil	36
2. Zum Untersuchungsgrundsatz	37
Kontrollfragen	40
2. Teil Zur Systematik der verfügbaren Rechtsschutzmöglichkeiten	41
§ 5 Das System der verwaltungsprozessualen Rechtsbehelfe	41
I. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	41
II. Die wichtigsten Rechtsbehelfe der VwGO im Überblick	42
III. Zur Systematisierung der verwaltungsprozessualen Rechtsbehelfe	42
1. Gerichtliche und außergerichtliche Rechtsbehelfe	42
2. Rechtsbehelfe des vorläufigen, vorbeugenden und repressiven Rechtsschutzes	42
3. Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsklagen	43
4. Systematisierung nach dem streitgegenständlichen Rechtsakt	44
IV. Die Verwaltungsgerichtsordnung als offenes System prozessualer Rechtsbehelfe	44
Kontrollfragen	45
§ 6 Die Voraussetzungen für eine Sachentscheidung der Verwaltungsgerichte	46
I. Zur Differenzierung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit eines Rechtsschutzgesuches	46
II. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	46
III. Relevanz der Sachentscheidungsvoraussetzungen in der Referendarausbildung	48
Kontrollfragen	49
3. Teil Die allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	51
§ 7 Das Vorliegen eines ordnungsgemäßen Antrags	51
I. Gesetzliche Anforderungen	51
II. Praktisches Beispiel einer verwaltungsgerichtlichen Klageschrift	53
Kontrollfragen	55
§ 8 Die Unterwerfung unter die deutsche staatliche Gerichtsbarkeit	55
I. Exterritoriale, fremde Staaten, Hoheitsakte der EU	55
II. Verwaltungsgerichtliche Justitiabilität kirchlicher Maßnahmen	57
Kontrollfragen	60
§ 9 Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges (§ 40 I VwGO)	60
I. Auf- und abdrängende Sonderzuweisungen	60
II. Der Begriff der öffentlich-rechtlichen Streitigkeit	62
III. Fallgruppen zur Abgrenzung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Streitigkeiten	64
1. Daseinsvorsorge und fiskalische Verwaltungstätigkeit	64
2. Wettbewerbshandeln öffentlicher Aufgabenträger	65
3. Benutzung öffentlicher Einrichtungen	66
4. Subventionsrechtsverhältnisse	68
5. Hausverbot bei Verwaltungsgebäuden	68
6. Immissionsschutz	70
7. Rechtsfragen aus dem Schulverhältnis	70
8. Behördliche Ehrverletzungen	71
9. Verträge	72
IV. Ausklammerung verfassungsrechtlicher Streitigkeiten	73
V. Hinweise zu abdrängenden Sonderzuweisungen	74
Kontrollfragen	75
§ 10 Beteiligte, Beteiligtenfähigkeit, Beiladung	76
I. Die Beteiligtenfähigkeit natürlicher und juristischer Personen	76
II. Die Beteiligtenfähigkeit von Behörden	77
III. Die Beteiligtenfähigkeit von Vereinigungen	78
IV. Die Behandlung der Beteiligtenfähigkeit im Prozess	79
V. Die Beteiligtenfähigkeit im Organstreit	80
VI. Die beigeladenen Beteiligten	81
VII. Praktische Probleme der Beiladung	82
VIII. Der Vertreter des öffentlichen Interesses	84
Kontrollfragen	85

§ 11 Die Prozessfähigkeit (§ 62 VwGO)	85
I. Die Grundlagen der Prozess- und Postulationsfähigkeit	85
II. Die Prozessfähigkeit im Prozess	87
Kontrollfragen	88
§ 12 Das Fehlen anderweitiger Rechtshängigkeit und entgegenstehender Rechtskraft	88
I. Fehlende anderweitige Rechtshängigkeit	88
II. Fehlen entgegenstehender Rechtskraft	88
III. Der Streitgegenstand einzelner Klagearten	89
Kontrollfragen	91
§ 13 Bestehen eines allgemeinen Rechtsschutzbedürfnisses	91
Kontrollfragen	94
4. Teil Die Klagearten der VwGO und ihre besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen	95
§ 14 Überblick über die Klagearten der VwGO	95
I. Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsklagen	95
II. Objektive Klagehäufung	96
III. Streitgenossenschaft	96
Kontrollfragen	97
§ 15 Die Anfechtungsklage	97
I. Rechtsschutzziel und Klagegegenstand	97
II. Der Verwaltungsakt als Voraussetzung einer statthaften Anfechtungsklage	98
1. Der Begriff des Verwaltungsaktes	98
a) Hoheitliche Maßnahme einer Behörde	99
b) ... auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	99
c) Einzelfallregelung	99
d) Außenwirkung	100
2. Erfordernis des objektiven Vorliegens eines Verwaltungsaktes	101
3. Anfechtung nichtiger Verwaltungsakte	102
4. Anfechtung erledigter Verwaltungsakte?	103
5. Teilanfechtung, insbesondere Anfechtung von Nebenbestimmungen	103
6. Drittanfechtung von Verwaltungsakten	106
III. Begründetheit der Anfechtungsklage	107
1. Maßgeblicher Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage	108
2. Urteil und Vollstreckung	109
IV. Formalien eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	109
1. Form und Inhalt eines Urteils	109
2. Statthaftigkeit anderer Gestaltungsklagen	115
3. Beispiel eines verwaltungsgerichtlichen Urteils	115
Kontrollfragen	119
§ 16 Die Verpflichtungsklage	119
I. Rechtsschutzziel	119
II. Das konkrete Klagebegehren	119
III. Zur Abgrenzung von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	121
1. Objektive Häufung von Anfechtungs- und Verpflichtungsbegehren	121
2. Die »isolierte« Anfechtungsklage	122
IV. Begründetheit der Verpflichtungsklage, Urteil und Vollstreckung	123
V. Die Tenorierung bei Verpflichtungsklagen	125
Kontrollfragen	126
§ 17 Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	126
I. Erfolgreiche Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	127
1. Das Widerspruchsverfahren als Zulässigkeitsvoraussetzung	127
2. Entbehrlichkeit des Widerspruchsverfahrens	128
a) Entscheidungen oberster Bundes- und Landesbehörden	128
b) Erstmalige Beschwerde durch Widerspruchsbescheid	128
c) Ausschluss des Vorverfahrens durch Gesetz	129
d) Untätigkeitsklage	129
e) Prozessökonomische Weiterungen	130
3. Sonderproblem: Sachliche Bescheidung eines unzulässigen Widerspruchs	130

II. Wahrung der Klagefrist	131
1. Beginn und Berechnung der Klagefrist	131
2. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	132
III. Die Klagebefugnis	132
1. Die Bedeutung der Klagebefugnis	132
2. Die Möglichkeit einer Verletzung eigener Rechte	133
a) Der Adressatengedanke (bei der Anfechtungsklage)	133
b) Die mögliche Anspruchsnorm (bei der Verpflichtungsklage)	133
c) Betroffenheit in eigenen Rechten	134
3. Ausnahmen von diesem Erfordernis	136
IV. Inkurs: Die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	136
V. Aufbauvorschläge für Klausuren	138
Kontrollfragen	140
§ 18 Die allgemeine Leistungsklage	141
I. Rechtsschutzziel	141
II. Die Unterlassungsklage als Unterfall der allgemeinen Leistungsklage	142
III. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage	142
1. Klagebefugnis	143
2. Keine Klagefrist	144
3. Kein Erfordernis eines Vorverfahrens	144
4. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	144
5. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	144
IV. Das Leistungsurteil	144
Kontrollfragen	146
§ 19 Die Feststellungsklage	146
I. Rechtsschutzziel	146
II. Der Begriff des Rechtsverhältnisses	146
III. Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes	149
IV. Vorbeugende Feststellungsklage	149
V. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Feststellungsklage	150
1. Subsidiarität der Feststellungsklage	150
2. Klagebefugnis?	151
3. Feststellungsinteresse	152
VI. Begründetheit	152
VII. Die Tenorierung bei Feststellungsklagen	153
VIII. Aufbauvorschlag für Klausuren	154
Kontrollfragen	154
§ 20 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	154
I. Zur rechtlichen Einordnung	154
II. Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	155
1. Der Begriff der Erledigung	155
2. Der Zeitpunkt der Erledigung	157
a) Erledigung nach Erhebung der Anfechtungsklage	157
b) Erledigung vor Erhebung der Anfechtungsklage	157
3. Erledigung bei Verpflichtungsbegehren	158
4. Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung von Realakten?	159
III. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Fortsetzungsfeststellungsklage	159
1. Zulässigkeit der zunächst erhobenen Anfechtungsklage	159
2. Feststellungsinteresse	160
3. Zulässigkeit im Falle einer zuvor erhobenen Verpflichtungsklage	161
4. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen bei Erledigung vor Klageerhebung	161
a) Vorverfahren	161
b) Klagefrist	162
c) Feststellungsinteresse	162
IV. Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	163
V. Aufbauvorschlag für Klausuren	163
Kontrollfragen	164

§ 21 Das Normenkontrollverfahren	164
I. Rechtsnatur, Funktion und Rechtsschutzziel der Normenkontrolle	164
II. Statthaftigkeit des Normenkontrollantrags	165
1. Satzungen und Rechtsverordnungen nach dem BauGB (§ 47 I Nr. 1 VwGO)	166
2. Andere untergesetzliche Rechtsvorschriften gem. Landesrecht (§ 47 I Nr. 2 VwGO)	166
3. Künftige und bereits aufgehobene Rechtsvorschriften	167
III. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen des Normenkontrollantrages	167
1. Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts	167
2. Antragsbefugnis	168
3. Kein Vorverfahren, Antragsfrist	168
4. Antragsgegner	169
IV. Besonderheiten bei den allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	169
V. Begründetheit des Normenkontrollantrags	170
VI. Entscheidung des OVG über den Normenkontrollantrag	171
VII. Aufbauvorschlag für Klausuren	171
Kontrollfragen	172
§ 22 Der Organstreit	172
I. Begriff und Gegenstand des Organstreits	173
II. Der Organstreit als Verwaltungsrechtsstreit	173
III. Besonderheiten	174
1. Die Rechtsnatur des Organstreits	174
2. Beteiligtenfähigkeit und Prozessfähigkeit	175
3. Klage-/Antragsbefugnis	175
4. Klagegegner	176
Kontrollfragen	176
5. Teil Vorläufiger Rechtsschutz	177
§ 23 Einführung in das System des vorläufigen Rechtsschutzes	177
I. Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	177
II. Arten des vorläufigen Rechtsschutzes	178
Kontrollfragen	179
§ 24 Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 V VwGO	179
I. Hintergrund: Der eingeschränkte Suspensiveffekt von Widerspruch und Anfechtungsklage	180
1. Die Bedeutung der aufschiebenden Wirkung	180
2. Eintritt und Wegfall der aufschiebenden Wirkung	181
3. Gesetzliche Ausnahmen vom Suspensiveffekt	182
4. Behördlich besonders angeordnete sofortige Vollziehung	183
II. Rechtsschutzziel der Anträge nach § 80 V VwGO und § 80a III VwGO	185
III. Zulässigkeit des Antrags nach § 80 V 1 VwGO	187
1. Antragsbefugnis	187
2. Antragsfrist	187
3. Zuständigkeit des Gerichts	188
4. Rechtsschutzbedürfnis	188
a) Vorheriger Antrag an die Behörde, die aufschiebende Wirkung wiederherzustellen?	188
b) Vorherige Einlegung eines Widerspruchs?	188
IV. Begründetheit des Antrags	189
V. Weiteres Verfahren	192
VI. Gerichtlicher Rechtsschutz bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	193
VII. Gerichtliche Praxis eines Verfahrens nach § 80 V VwGO	195
VIII. Aufbauvorschlag für Klausuren	199
1. Zulässigkeit des Antrages gem. § 80 V VwGO	199
2. Begründetheit des Antrages	199
Kontrollfragen	200
§ 25 Die einstweilige Anordnung (§ 123 VwGO)	200
I. Rechtsschutzziel	201
II. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	202

III. Begründetheit des Antrags	203
1. Sicherungsanordnung	203
2. Regelungsanordnung	204
IV. Inhalt der einstweiligen Anordnung	205
V. Schadensersatzpflicht des Antragstellers	206
VI. Gerichtliche Praxis eines Verfahrens nach § 123 I VwGO	207
VII. Aufbauvorschlag für Klausuren	208
1. Zulässigkeit des Antrages auf einstweilige Anordnung	208
2. Begründetheit des Antrages	208
Kontrollfragen	209
§ 26 Vorläufiger Rechtsschutz in besonderen Verfahrensarten	209
I. Vorläufiger Rechtsschutz im Normenkontrollverfahren	209
II. Vorläufiger Rechtsschutz im Organstreit	210
Sachregister	211